

Es ist schon viele Jahre her, da hat die Stadt Obertshausen mit dem Slogan geworben: „Obertshausen - lebenswerte Kleinstadt im Grünen“.  
Seitdem ist viel passiert, Ausdehnung von Siedlungs- und Gewerbeflächen sowie Neubau von Straßen. In der Folge sind Freiflächen, Naherholungsgebiete und naturnahe Lebensräume zerstört oder stark beeinträchtigt worden. So ist aus der Kleinstadt im Grünen heute eine Stadt im Ballungsraum geblieben.

Bei der bevorstehenden Kommunalwahl wird auch über die Zukunft der Stadt abgestimmt. Für die Naturschutzverbände der Anlass, den zur Wahl stehenden Parteien Fragen zu stellen.

### **Wie stehen Sie zu der Erschließung des neuen Gewerbegebietes und der Erweiterung der Autobahn? Wären solche Themen nicht geeignet, einen Bürgerentscheid zu veranlassen?**

Grüne: sehen es sehr kritisch; weitere Versiegelung Verschlechterung Kleinlima  
Erweiterung A3 wird abgelehnt  
Bürgerentscheid ist bei Vorhaben mit dauerhaften Auswirkungen auf Umwelt, Klima und Stadtentwicklung sehr gut geeignet.

CDU: Steht zur Entwicklung des Gewerbegebietes, ohne zusätzliche Gewerbesteuer-einnahmen bleibt die Stadt langfristig nicht handlungsfähig. Klares ja zum Ausbau der A3.  
Ein Bürgerentscheid wäre nicht das geeignete Instrument, um komplexe Planungs- und Abwägungsprozesse zu entscheiden.

FDP: Chance für Firmenansiedlungen, ja um Ausbau der A3  
Kein zulässiges Thema für Bürgerentscheid.

SPD ein klares Nein.  
In diesem Fall würde ein Bürgerentscheid begrüßt

### **Anlage von Schottergärten, Umgang mit Trinkwasser, Lichtverschmutzung**

Grüne: Verbindliche Regelungen zur Befüllung privater **Pools** bei Wasserknappheit zeitlich begrenzte Nutzungsbeschränkungen in Trockenphasen,  
**Schottergärten**: bessere Information der Bürger über geltende Regeln, konsequente Ahndung bei Verstößen  
**Lichtverschmutzung**: Sensibilisierungskampagnen („Licht aus, Natur an“), Förderung insektenfreundlicher, abgeschirmter Beleuchtung, zeitgesteuerte oder bewegungsgesteuerte Beleuchtung im öffentlichen Raum, (Smarte Laternen), Vorbildfunktion der Stadt bei eigenen Gebäuden

CDU: Wir setzen beim Umwelt- und Ressourcenschutz auf Eigenverantwortung, Aufklärung und praktikable Lösungen. Bestehende Regeln müssen konsequent umgesetzt werden  
Generelles **Pool**-Verbot lehnen wir ab. Transparente Information über Wasserverbrauch und Engpasssituationen, Prüfung zeitlich begrenzter Maßnahmen bei akuter Wasserknappheit.  
**Schottergärten** lehnen wir ab, Stadt geht hier mit gutem Beispiel voran. Auf städtischen Flächen werden keine Schottergärten angelegt  
Wir wollen weniger **Lichtverschmutzung**, jedoch ohne blinden Aktionismus.

FDP: Becken bis 100 m<sup>3</sup> sind genehmigungsfrei, Poolwasser muss in die Kanalisation zur Kläranlage. **Schottergärten** sind in Hessen verboten und das Thema daher politisch geregelt. Nicht jede nachts brennende Lampe ist sinnlos – **Licht** wird zur Sicherheit eingesetzt. Ein nachhaltiger Umgang umfasst gezielte Beleuchtung (Lichtlenkung).

SPD: Bei Themen wie Umweltverschmutzung und großem **Wasserverbrauch** sollte man mehr Aufklärung in der Bevölkerung betreiben. Verbote tragen nur wenig zur Einsicht bei, außer es würde konsequent kontrolliert. Wir sind gegen das Anlegen von **Schottergärten**, das sollte nicht mehr genehmigt werden.

**Schutz der Außenbereiche wie Felder, Wiesen und Wald sind für eine stabile Umwelt enorm wichtig. Könnten Sie sich vorstellen, dass eine Person der Stadtpolizei diese Aufgabe übernehmen könnte?**

Grüne: Ja, das können wir uns gut vorstellen.

Eine speziell geschulte Person innerhalb der Stadtpolizei oder Ordnungsbehörde als Ansprechpartner für Bürger, Koordinator für Umwelt- und Naturschutzverstöße und Bindeglied zu Naturschutzverbänden,

CDU: Der Schutz von Feldern, Wiesen und Wald ist für Klima, Artenvielfalt, Landwirtschaft und Naherholung in Obertshausen von großer Bedeutung. Grundsätzlich halten wir eine stärkere Präsenz und klare Ansprechpartner im bestehenden Ordnungsamt für sinnvoll. Eine zusätzliche Stelle ist derzeit jedoch nicht realistisch.

Die Stadtpolizei ist bereits zuständig für die Überwachung und Ahndung insbesondere nach den Vorschriften der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Obertshausen  
Dies muss personenunabhängig sein, um unabhängig von Schichtplänen agieren zu können.

Diese Thematik haben wir noch nicht in der Fraktion besprochen. Wir werden dies in der neuen Fraktion mit aufnehmen.

**Negatives Sicherheitsgefühl durch zu schnelles Fahren und zugeparkte Rad- und Fußwege. Könnten Sie sich Maßnahmen vorstellen, die Geschwindigkeit effektiver zu überwachen und wenn ja, welche?**

Grüne: Wir befürworten den gezielten Ausbau mobiler Messungen an Gefahrenstellen, temporäre Messschwerpunkte in Wohngebieten, bauliche Maßnahmen (z. B. Fahrbahnverengungen, Aufpflasterungen), mehr Tempo-30-Zonen, insbesondere vor Schulen, Kitas und auf Nebenstraßen.

CDU: Obertshausen verfügt bereits über stationäre und mobile Messanlagen sowie Kontrollen durch die Stadtpolizei. Wir wollen bestehende Instrumente wirkungsvoll nutzen und gezielt einsetzen: gezielter Einsatz mobiler Messungen an bekannte Gefahrenstellen und Beschwerdeschwerpunkten, klare Schwerpunktsetzung im Umfeld von Schule, Kitas, Spielplätzen und stark genutzten Wegen

Unser Ziel ist nachhaltige Geschwindigkeitsreduzierung, mehr Rücksicht im Straßenverkehr und spürbar mehr Sicherheit. Die CDU steht für sichere Querungen und eine klare Verkehrsführung im gesamten Stadtgebiet.

FDP: Geschwindigkeitsüberwachung muss mobil und darf nicht berechenbar sein.  
Die Stadt hat ein Fahrzeug beschafft, welches bedienerlos und auch aus Parklücken heraus Geschwindigkeitsüberwachung durchführen kann. Abhängig von den Ergebnissen dieses Gerätes ist über einen Ausbau dieser Maßnahme zu beraten.

SPD: Das Parkraumkonzept für den Stadtteil Hausen ist fertig und wird jetzt nach und nach umgesetzt. Das für den Stadtteil Obertshausen wird dieses Jahr fertig gestellt. Kontrollen müssen regelmäßig erfolgen. Auch die Kontrollen für die Geschwindigkeit sollten mehr und regelmäßig erfolgen, besonders in den Durchfahrtsstraßen und den sozialen Einrichtungen.

**Biotopverbund: Beschluss fassen und regelmäßig im Haushaltspan einen Betrag in Höhe von 5.000 Euro für Pflegemaßnahmen einzustellen?**

Grüne: Ja, wir werden uns ausdrücklich dafür einsetzen: den vorliegenden Biotopverbundplan wollen wir in der nächsten Legislatur politisch beschließen, dass regelmäßig Mittel für Pflegemaßnahmen im Haushalt eingestellt werden.

CDU: Der Schutz von Natur, Landschaft und Artenvielfalt ist in Obertshausen ein wichtiges Anliegen. Für uns ist entscheidend, dass Maßnahmen praktisch umsetzbar und finanziell verantwortbar sind.

Einen Beschluss halten wir für möglich, sofern: die Maßnahmen klar priorisiert und nachvollziehbar bewertet werden, konkrete Kosten, Folgekosten und Zuständigkeiten transparent dargestellt sind Synergien mit bestehenden Pflege- und Klimaschutzmaßnahmen genutzt werden und verfügbare Förderprogramme konsequent geprüft werden

FDP: Der Biotopverbundplan wurde 2019 beschlossen und ist seit 2022 Maßnahme S-3 im Klimaschutzkonzept. (Anmerkung: nicht korrekt):

Wir bitten um Mitteilung, welche zusätzlichen Maßnahmen für den Betrag durchgeführt werden sollen. Gerne befassen wir uns dann mit diesem Anliegen.

SPD: Wir haben uns schon immer für den Naturschutz und den Biotopverbund eingesetzt und werden das auch in Zukunft tun. Wir finden das sinnvoll und werden uns dafür einsetzen.

**An welcher Stelle einer Prioritätenliste mit den Stufen von 1 bis 10 steht bei Ihnen das Thema Umwelt / Artenschutz**

Grüne: Umwelt und Artenschutz stehen bei uns auf Platz: 2

CDU: Umwelt- und Artenschutz sind für uns eine Querschnittsaufgabe. In einer Prioritätenliste mit zehn Themenfeldern ordnen wir Umwelt und Artenschutz auf Platz 4 ein.

FDP: Wir machen Sachpolitik und sehen unsere Aufgabe nicht in der Entwicklung eines „Schema F“ oder in der Vorgabe von Hierarchien von Themenfeldern.

SPD: Neben den sozialen Themen ist der Umwelt und Artenschutz schon wichtig für uns.